

Prof. Dr. Axel Weber
Präsident
der Deutschen Bundesbank

Wirtschaftliche Perspektiven Deutschlands

Rede bei der Mitgliederversammlung
des Bankenverbandes Hessen e.V.
in Frankfurt am Main
am Mittwoch, 18. April 2007

– Es gilt das gesprochene Wort –

Seite 1 von 17

Inhalt

1	Begrüßung	2
2	Konjunktorentwicklung in Deutschland	3
3	Perspektiven für die deutsche Wirtschaft.....	10
	3.1 Herausforderungen am Arbeitsmarkt	11
	3.2 Nachhaltige Finanzpolitik	14
4	Schluss	17

1 Begrüßung

Sehr geehrte Damen und Herren,

sehr gerne diskutiere ich heute Abend mit Ihnen über die wirtschaftlichen Perspektiven Deutschlands. Dass ich dies hier, im Anschluss an Ihre Mitgliederversammlung, in den Räumen unserer Hauptverwaltung Frankfurt tun kann, demonstriert die Verbundenheit zwischen der Geschäfts- und der Notenbankenwelt am Finanzplatz Frankfurt.

Ein Grund mehr, Ihrem Verband und Ihnen als seine Mitglieder herzlich zum 60. Jubiläum zu gratulieren. 60 Jahre sind heutzutage noch kein Alter, in dem man sich zur Ruhe setzt. Die vielfältigen Aufgaben, die die Förderung des Finanzplatzes Frankfurt auch in Zukunft für Ihren Verband mit sich bringen wird, bestätigen dies.

Effiziente und moderne Finanzmärkte sind eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren entwickelter Volkswirtschaften – und für die Umsetzung einer stabilitätsorientierten Geldpolitik. Eine notwendige, allerdings nicht hinreichende Bedingung für einen starken Finanzplatz ist die robuste Verfas-

sung des Bankensystems. Daher freut es mich, dass sich die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im vergangenen Jahr weiter stabilisiert hat. Zugleich ist ihre Risikotragfähigkeit deutlich gestiegen.

Nun gibt es bei diesem Urteil sicherlich auch Aspekte, die das positive Bild der Lage im Bankensystem etwas qualifizieren: So besteht hinsichtlich der Ertragskraft der deutschen Kreditwirtschaft im internationalen Vergleich nach wie vor ein Nachholbedarf. Außerdem resultiert ein wesentlicher Teil des verbesserten operativen Ergebnisses aus volatilen Ertragsquellen, die sich bei einer Eintrübung an den Finanzmärkten abschwächen dürften. Schließlich dürfte der Zinsüberschuss der Banken auch im Jahr 2007 unter Druck bleiben.

Dennoch zeigt sich das Stabilitätsbild des deutschen Bankensektors im Grundsatz robust. Es wurde maßgeblich begünstigt durch die konjunkturelle Dynamik der deutschen Volkswirtschaft. Und auf diesen Punkt, die wirtschaftlichen Perspektiven Deutschlands, möchte ich mich in meinem heutigen Vortrag konzentrieren. Von besonderem Interesse sind in diesem Zusammenhang die Einschätzung des gegenwärtigen Zyklus (d. h. seine Stabilität und seine Dauerhaftigkeit) sowie fortbestehende wirtschafts- und finanzpolitische Herausforderungen.

2 Konjunkturentwicklung in Deutschland

Die deutsche Wirtschaft hat in konjunktureller Hinsicht im Jahr 2006 an Dynamik und Profil gewonnen. Das reale Wachstum des Bruttoinlandsprodukts

(BIP) erreichte 2006 kalenderbereinigt mit 2,9 % den höchsten Wert seit dem Jahr 2000. Damit hat die tatsächliche Erzeugung weit stärker zugenommen als das Produktionspotenzial; der Auslastungsgrad der Wirtschaft ist deutlich gestiegen.

Der Aufschwung folgte dem klassischen Muster des Konjunkturverlaufs: Die erste Phase begann in der Mitte des Jahres 2003 vor dem Hintergrund einer stark expandierenden Weltwirtschaft und war durch eine Stärkung der Exporte geprägt. Die konjunkturelle Dynamik bei den Ausfuhren sprang ab dem dritten Quartal 2004 auf die Investitionstätigkeit im Unternehmenssektor über. Der private Konsum hat mittlerweile seine mehrjährige Stagnationsphase überwunden; eine nachhaltige Erholung steht aber noch aus.

Der aktuelle Zyklus dauert somit schon bald vier Jahre. Dennoch bestehen gute Chancen, dass der Wirtschaftsaufschwung in Deutschland noch länger anhalten wird: Erstens hat der Aufschwung noch kein reifes Stadium erreicht; zumal das Wachstum in der ersten Phase noch recht schwach war und bis Mitte 2004 allein von der Exportseite getragen wurde. Zweitens zeigt der Aufschwung noch keine endogenen Ermüdungserscheinungen oder Spannungsmomente. Drittens hielten die drei vorangegangenen Aufwärtsbewegungen im Schnitt über sieben Jahre an. Und viertens ist das weltwirtschaftliche Umfeld weiterhin sehr robust – ein Eindruck, der auf der gerade zu Ende gegangenen Frühjahrstagung des IWF breite Bestätigung fand. So ist trotz einer zu erwartenden Moderation in den USA kein deutlich dämpfender Effekt auf die globale Wirtschaft zu erwarten.

Lassen Sie uns nun einen Blick auf die einzelnen Wachstumskomponenten des vergangenen Jahres werfen: Von den 2,9 % Wirtschaftswachstum im Jahr 2006 entfällt rechnerisch gut ein Prozentpunkt auf die Außenwirtschaft.

Die anhaltend starken außenwirtschaftlichen Impulse spiegeln sich darin wider, dass Deutschland im Jahr 2006 zum vierten Mal in Folge Exportweltmeister im Warenhandel geworden ist; die Exporte wuchsen um 12,5 % gegenüber dem Vorjahr. Dies zeigt, dass die in den letzten zehn Jahren durchgeführten kosten- und restrukturierungsbedingten Kraftanstrengungen des Exportsektors Früchte tragen. Ich denke hier zum einen an die nachhaltige und tief greifende Lohnzurückhaltung, zum anderen an die ausgeprägte Kostendisziplin, die sich unter anderem durch Verlagerungen von Produktion in die Reformländer in Mittel- und Osteuropa ausdrückt.

Diese Maßnahmen haben die preisliche Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland, gemessen an den Preisdeflatoren des Gesamtabsatzes, seit Beginn der Währungsunion erheblich verbessert. Gegenüber 19 Industrieländern hat dieser Indikator seit Ende 1998 um 6 ½ % zugenommen, gegenüber den Mitgliedsstaaten der Währungsunion um 11 ½ %.

Diese starke Exportdynamik wird uns von unseren Nachbarländern gelegentlich zum Vorwurf gemacht – freilich zu unrecht: Die deutsche Exportleistung ist nicht Folge einer gezielten Makropolitik, sondern im Wesentlichen Erfolg der im Unternehmenssektor beherzt angegangenen Restrukturierungen. Die Außenhandelsgewinne sind daher mit fairen Mitteln erzielt.

Sie sind außerdem zu relativieren: Zum einen hat die deutsche Wirtschaft lediglich wieder einen Teil des Bodens gutgemacht, der ihr zu Beginn des Jahrzehnts im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung „verloren“ gegangen war. Zum anderen steht dem kraftvollen Anstieg der Ausfuhren mittlerweile ein beinahe ebenso dynamisches Wachstum der Einfuhren gegenüber. Ein Grund hierfür ist der relativ hohe und tendenziell steigende Anteil importierter Vorleistungen bei der Produktion von Exportgütern. So ist der Importgehalt der deutschen Warenexporte bis 2005 auf knapp 42 % gestiegen. Hinzu kommt, dass die anziehende deutsche Binnennachfrage die Importe treibt.

Hier passt es ins Bild, dass der größte Wachstumsbeitrag im Jahr 2006 gar nicht aus der Außenwirtschaft, sondern mit 1 $\frac{3}{4}$ Prozentpunkten aus der Inlandsnachfrage stammt. Die Binnenwirtschaft nahm im vergangenen Jahr erheblich an Fahrt auf; die Industrie erwies sich als konjunktureller Schrittmacher. Die Bruttoanlageinvestitionen verzeichneten im Jahr 2006 mit 5 $\frac{1}{2}$ % das stärkste Wachstum seit der Wiedervereinigung. Auch der Start ins Jahr 2007 ist gut gelungen: Die Industrieproduktion erfuhr im Januar einen kräftigen Anstieg von 2,2 % gegenüber dem Vormonat, der Auftragseingang setzte im Januar und Februar mit einer Zunahme von 2 % gegenüber dem vierten Quartal 2006 neue Impulse auf sehr hohem Niveau. Drei Faktoren sprechen dafür, dass die Investitionstätigkeit in Deutschland weiter deutlich aufwärtsgerichtet bleibt:

- 1) Die derzeit zu beobachtende Verschiebung der Investitionsmotive ist typisch für das Fortschreiten im Konjunkturzyklus. Zwar sind Ersatzbeschaffungen bei Ausrüstungsinvestitionen nach wie vor absolut gesehen das wichtige Investitionsmotiv. Jedoch werden Erweiterungsinvestitionen für die Unternehmen zunehmend interessanter, was die Einstellung von Kapazitätseffekten verstärken dürfte.¹
- 2) Die Bauinvestitionen weiteten sich (nach einem Rückgang von 3 ½ % in 2005) im vergangenen Jahr um 4 ¼ % aus. Der Umschwung ist zum Teil auf die Beschleunigung bei den Sachinvestitionen, zum Teil auf Sonderfaktoren (wie die Abschaffung der Eigenheimzulage oder Vorzieheffekte durch die Mehrwertsteuererhöhung) zurückzuführen. Auch der Jahresauftakt ist gelungen: Die Bauproduktion stieg im Januar um 4,1 %, der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe um 15,4 %. Zwar wird die konjunkturelle Grundtendenz durch die milde Witterung überzeichnet, dennoch deutet insgesamt einiges darauf hin, dass der jahrelange Abwärtstrend der Bauinvestitionen nunmehr ausgelaufen ist.
- 3) Auch der psychologische Faktor spricht für eine weiter aufwärtsgerichtete Investitionstätigkeit. Die anhaltend gute Stimmungslage in der deutschen Wirtschaft, die sich zum Beispiel in der hohen Zufriedenheit laut ifo-Index ausgedrückt, spiegelt die weiterhin hohe Auslastung der Sachkapazitäten wider. Zu der positiven Stimmung trägt zudem bei, dass der

¹ „Wirtschaftslage und Erwartungen – Ergebnisse der DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern Herbst 2006“

Konsolidierungskurs der letzten Jahre im Unternehmenssektor zu einem sinkenden Verschuldungsgrad und zu einem deutlichen Rückgang der Netto-Zinsbelastung geführt hat. Zugleich ist die hiesige Wirtschaftsentwicklung durch die anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen und durch ein seit vier Jahren andauerndes robustes Wachstum der Weltwirtschaft unterstützt worden. Somit sind deutsche Unternehmen in der Breite resistenter gegenüber Rückschlägen geworden.

Die privaten Konsumausgaben haben sich im Jahr 2006 etwas von der Seitwärtsbewegung der letzten Jahre gelöst; die Konsumnachfrage blieb insgesamt aber noch recht verhalten. Im Februar verzeichnete der Einzelhandel nach einem – durch die Mehrwertsteuererhöhung bedingten – starken Minus im Januar wieder ein leichtes Plus von knapp 1 %. Ferner hat sich die Stimmungslage der privaten Haushalte laut GfK-Umfrage inzwischen wieder sichtlich verbessert.

Insofern bestätigt sich unsere Erwartung: Die deutsche Konjunktur ist inzwischen so weit gefestigt, dass der kontraktive Fiskalimpuls der Mehrwertsteuererhöhung verkraftbar ist. Der Aufschwung wird sich daher fortsetzen, wenn auch mit etwas geringerem Tempo. Zudem gibt es mittlerweile durchaus positive Signale für den privaten Konsum in Deutschland:

Im Jahr 2006 hat sich der seit 2000 beobachtete Anstieg der Sparquote der privaten Haushalte nicht mehr fortgesetzt. Darüber hinaus schlägt sich die größere konjunkturelle Dynamik in der merklichen Belebung des Arbeitsmarkts nieder – und zwar sowohl bei der Beschäftigung als auch bei der

Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Die steigende Arbeitskräftenachfrage ist ein wesentlicher Auslöser dafür, dass die Arbeitslosenzahl seit Januar saisonbereinigt unter vier Millionen liegt. Die Arbeitslosenquote ist saisonbereinigt innerhalb des letzten Jahres um mehr als zwei Prozentpunkte auf 9,2 % im März gesunken. Die jüngste DIHK-Umfrage unterstreicht zudem, dass der Aufschwung neben der Industrie auch die Dienstleistungsbranche erfasst: Im laufenden Jahr plant der Dienstleistungsbereich rund 450.000 mehr Beschäftigte.²

Aus der Sicht eines Zentralbankers freut es mich besonders, dass die Belebung der Wirtschaftsaktivität bislang ohne größere inflationäre Verspannungen einherging. Der Anstieg des Verbraucherpreisindex in Deutschland lag im März bei 1,9 % und damit auf der gleichen Höhe wie der Harmonisierte Verbraucherpreisindex im Euro-Raum. Die derzeitige Preisstabilität darf jedoch nicht dazu verleiten, die Preisrisiken, die der konjunkturelle Aufschwung mit sich bringt, außer Acht zu lassen. Bisher hat Deutschland von einer relativ moderaten Lohnentwicklung profitiert; vor dem Hintergrund des sich aufhellenden Arbeitsmarkts, der zunehmenden Kapazitätsauslastung, der seit Januar erneut anziehenden Ölpreise und des Kaufkraftentzugs durch die Mehrwertsteuererhöhung ist das Risiko von kräftigeren Lohnsteigerungen und möglichen Zweitrundeneffekten aber durchaus gestiegen. Die Tarifpolitik sollte den zyklisch erhöhten Verteilungsspiel-

² „Wirtschaftslage und Erwartungen – Ergebnisse der DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern Februar 2007“.

raum nicht voll ausschöpfen, gerade auch vor dem Hintergrund des immer noch hohen Sockels an Arbeitslosigkeit.

3 Perspektiven für die deutsche Wirtschaft

Als Fazit zur gesamtwirtschaftlichen Lage ist festzuhalten: Deutschland, vor kurzem noch konjunktureller Nachzügler im Euro-Raum, hat die allgemeinen Erwartungen über sein gesamtwirtschaftliches Wachstum zuletzt deutlich übertroffen. Die Wachstumsbedingungen bleiben günstig, und die deutsche Wirtschaft ist gut in das laufende Jahr gestartet. Vor diesem Hintergrund sollte es nicht überraschen, wenn die gesamtwirtschaftliche Expansionsrate in 2007 über 2 % liegen wird. Damit setzt Deutschland im Euro-Raum beachtliche expansive Impulse. Zudem ist das Potenzial eines sich selbst tragenden Aufschwungs im Kern vorhanden.

Die deutsche Wirtschaft ist durch eine Reihe von strukturellen Anpassungsmaßnahmen in den letzten Jahren gegenwärtig besser aufgestellt als dies noch vor einigen Jahren der Fall war. Zu nennen sind hier Restrukturierungsanstrengungen im Unternehmenssektor sowie Korrekturen im Bereich des Arbeitsmarkts. Im Ergebnis haben sich damit die Angebotsbedingungen und der Flexibilitätsspielraum der Unternehmen bezüglich des Arbeitseinsatzes sicherlich erhöht. Dies dürfte der Grund dafür sein, dass zahlreiche Analysten in jüngster Zeit ihre Einschätzungen des Potenzialwachstums nach oben revidiert haben. Solche Revisionen sind mit Blick auf die jeweils verwendeten Methoden der Potenzialschätzung für sich genommen nachvollziehbar. Man sollte jedoch bei all dem nicht aus dem Blick verlieren: Das

höhere Wachstumstempo der deutschen Wirtschaft ist gegenwärtig in der Hauptsache zyklischer Natur. Ohne die unbestreitbaren strukturellen Verbesserungen klein zu reden, gibt es nach meiner Einschätzung noch zu wenig harte Evidenz für die These, dass die deutsche Wirtschaft sich bereits klar auf einem mittelfristig steileren Potenzialpfad befindet. Deshalb kommt es weiterhin darauf an, den eingeschlagenen Reformprozess konsequent fortzusetzen. Ich denke hier insbesondere an die Herausforderungen am Arbeitsmarkt und in der Finanzpolitik.

3.1 Herausforderungen am Arbeitsmarkt

So erfreulich die derzeitige Belebung am Arbeitsmarkt auch ist, das Ausmaß der Arbeitslosigkeit in Deutschland ist weiterhin inakzeptabel hoch. Und das Problem am deutschen Arbeitsmarkt wird sich im Kern auch nicht durch ein Fortdauern des konjunkturellen Aufschwungs lösen. Denn die Theorie und die Erfahrung der letzten 30 Jahre lehren: Ein wesentlicher Teil der Arbeitslosigkeit ist strukturell bedingt.

Damit stellt die Arbeitsmarktlage in Deutschland weiterhin die größte wirtschaftspolitische Herausforderung dar. Immerhin tragen die Arbeitsmarktformen der letzten Jahre erste Früchte: Die Freigabe der Leiharbeit hat die Anpassungskosten auf dem Arbeitsmarkt zumindest in Teilbereichen reduziert. Die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes (Alg) I sowie die Überführung der einkommensabhängigen Arbeitslosenhilfe in das pauschalisierte Alg II haben den Anspruchslohn reduziert. Ineffiziente Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wurden zurückgefahren.

Nun gilt es, dass die Reformanstrengungen nicht erlahmen, sondern die Wende am Arbeitsmarkt dauerhaft gelingt – gerade auch mit Blick auf die Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen. Dies ist eine zentrale Aufgabe – nicht nur für den Staat in seiner Rolle als Gesetzgeber, sondern ebenso für die Tarifparteien. Erfolgreiche Beispiele im angelsächsischen Raum und in einigen kontinentaleuropäischen Partnerländern (zum Beispiel das „Flexicurity-Modell“ in Nordeuropa oder Teilzeit-Modelle in den Niederlanden) können dabei nützliche Denkanstöße für den hiesigen Reformprozess geben. Es kann jedoch nicht darum gehen, einzelne Elemente aus einem im Ausland insgesamt erfolgreichen Modell isoliert zu übernehmen, ohne ihre gegenseitige Bedingtheit zu berücksichtigen.

Dies gilt insbesondere auch für Mindest- und Kombilöhne. Lässt man die spezifisch deutschen Arbeitsmarkt-Strukturen unberücksichtigt, sind die Weichen hier schnell falsch gestellt. So kann das neue Alg II durch die staatliche Garantie eines armutsvermeidenden Mindesteinkommens in Verbindung mit den bestehenden Hinzuverdienstregelungen bereits als eine Art von Kombilohn verstanden werden. Ein umfassenderer flächendeckender Kombilohn würde unweigerlich mit einer erheblichen fiskalischen Belastung einhergehen und umfangreiche Mitnahmeeffekte nach sich ziehen. Insoweit ist auch die Mindestlohn-debatte wenig zielführend: Wenn es um die Sicherung einer ausreichenden materiellen Existenzgrundlage geht, ist die an der Bedürftigkeit ausgerichtete bestehende Regelung das adäquatere Instrument.

Mit Blick auf die hohe Arbeitslosigkeit der Geringqualifizierten sollte es eigentlich darum gehen, gezielt Maßnahmen für diese spezifische Gruppe zu ergreifen. Die Einführung eines gesetzlichen (gar branchenspezifischen) Mindestlohns oder seine indirekte Festschreibung wäre dagegen kontraproduktiv. Dies gilt erst recht, weil ein Mindestlohn von 7,50 €/Stunde – wie er häufig gefordert wird – deutlich über den vergleichbaren Niveaus in den USA, Großbritannien und den meisten anderen europäischen Ländern läge: Der hier geforderte Mindestlohn würde rund 55 % des deutschen Medianlohns ausmachen³. Dagegen liegt der Mindestlohn in den USA bei 33 % des Medianlohns, in Großbritannien bei 45 %, in Irland bei knapp 40 % und in Spanien bei knapp 30 %. Außerdem treffen Mindestlöhne in Deutschland mit einem recht restriktiven Kündigungsschutz im ersten Arbeitsmarkt zusammen, der die potenziell nachteiligen Wirkungen von Mindestlöhnen noch verstärken dürfte. Die Beschäftigungschancen gerade für geringqualifizierte Personen, von denen erwartet wird, dass sie eine bestimmte Arbeitsleistung nicht erbringen können, würden nochmals verschlechtert.

Dies bedeutet: Eine Adjustierung und konsequente Umsetzung des bestehenden Instrumentariums in Verbindung mit einer weiteren Flexibilisierung des Arbeitsmarkts erscheint mir erfolgversprechender als Experimente mit neuen Kombi- und Mindestlohnmodellen.

³ Nach Berechnungen des DIW belief sich der Medianlohn in Deutschland im Jahr 2003 auf 13,60 €/Stunde (J. Göbel, P. Krause und J. Schupp, Mehr Armut durch steigende Arbeitslosigkeit, DIW Wochenbericht Nr. 10/2005).

3.2 Nachhaltige Finanzpolitik

Die zweite Reformbaustelle Deutschlands, die Lage der Staatsfinanzen, hat sich im vergangenen Jahr verbessert: Die Maastricht-Defizitquote sank 2006 deutlich auf 1,7%. Die 3 %-Grenze des Stabilitäts- und Wachstumspakts wird damit erstmals seit 2001 wieder eingehalten. Zurückzuführen ist dieser unerwartet starke Defizitrückgang im Wesentlichen auf den positiven Einfluss der konjunkturellen Erholung und einen darüber hinausgehenden, besonders kräftigen Aufkommenszuwachs bei den (sehr volatilen) gewinnabhängigen Steuern bei insgesamt moderater Ausgabenentwicklung.

Im Jahr 2007 könnte die gesamtstaatliche Defizitquote wegen der anhaltend guten Konjunktur und des starken Wachstums des Steueraufkommens bereits merklich unter 1 % sinken. Allerdings ist im Jahr 2008 wegen der Unternehmensteuerreform mit einer Konsolidierungspause zu rechnen. Dennoch wäre meines Erachtens bis zum Jahr 2009 ein strukturell annähernd ausgeglichener Haushalt zu erreichen. Dies würde zugleich dazu beitragen, die Schuldenquote zurückzuführen. Sie liegt derzeit unverändert bei knapp 68 % des BIP – erheblich über dem Referenzwert von 60 %. Nur durch ein solch ambitionierteres Konsolidierungsziel wird es gelingen, den Begehrlichkeiten auf der Ausgabenseite entschieden entgegenzutreten.

Unterbleibt indes die (mit der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts im Jahr 2005 geforderte) verstärkte Konsolidierung in guten Zeiten, erhöht sich die Gefahr, dass sich bei einer Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Dynamik rasch wieder hohe Defizite einstellen. Insoweit sind aktuelle

Debatten um mögliche Steuersenkungen im Einkommenssteuerbereich nicht das, was finanzpolitisch das Gebot der Stunde bleiben sollte: die Fortsetzung des Konsolidierungskurses.

Das positive Umfeld sollte außerdem genutzt werden, um im Rahmen der Föderalismusreform II wirksamere Schuldenbegrenzungsregeln in der bundesstaatlichen Finanzordnung zu verankern. Die diesbezügliche Expertise des Sachverständigenrats liefert hierzu einen wichtigen Diskussionsbeitrag.

Lassen Sie mich zum Schluss aber noch auf einen Aspekt hinweisen, der in der Debatte um die Begrenzung der Staatsschulden meist zu kurz kommt: die impliziten Verpflichtungen der öffentlichen Hand. Sie resultieren unter anderem aus den Pensionsverpflichtungen und zukünftigen Ansprüchen an die umlagefinanzierten Sozialversicherungen. Angesichts der demographischen Belastung durch die alternden Gesellschaften in Westeuropa begründen sie für viele Staaten, insbesondere auch für Deutschland, ein Problem der Tragfähigkeit der öffentlichen Verschuldung.

Untersuchungen der Bundesbank und des Sachverständigenrats zeigen dies in aller Deutlichkeit: Die Bundesbank schätzt den aus dieser Sicht langfristig gewachsenen jährlichen Konsolidierungsbedarf auf über 3 ½ % des BIP.⁴ Der Sachverständigenrat schätzt für das Basisjahr 2002 die impliziten Schulden als Barwert in einer Größenordnung von 270 % des BIP, vergli-

⁴ „Öffentliche Finanzen in der Krise – Ursachen und Handlungserfordernisse“, Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, März 2004.

chen mit rund 60 % explizit ausgewiesener Schuldenstände.⁵ Natürlich sollte man die exakten Angaben dieser etwas älteren Berechnungen nicht überbetonen; der qualitative Befund einer mangelnden Nachhaltigkeit bleibt als fortbestehendes Problem davon aber unberührt.

Diese demographischen Belastungen sind keineswegs ein unabwendbares Schicksal. Im Gegenteil: Sie signalisieren dringenden Handlungsbedarf. Es gibt eine ganze Reihe von wirtschaftspolitischen Optionen, mit denen die aufziehenden Belastungen abgefangen oder gemildert werden können. Der Ansatz liegt in der Regel bei den sozialen Sicherungssystemen, beispielsweise:

- Die gerade erfolgte Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters, wenn auch die Ausnahmeregelung für besonders langjährig Versicherte nicht recht ins Bild passen will.
- Ein stärkeres Zurückführen der Ansprüche aus dem Umlageverfahren in der Altersvorsorge.
- Im Gegenzug eine graduelle Stärkung des Kapitaldeckungsverfahrens, um ein gewisses Versorgungsniveau im Alter zu gewährleisten.
- Aktuell in der Diskussion ist die Reform der Pflegeversicherung. Die Grundlinien einer sinnvollen Reformstrategie liegen – in aller Kürze – bei einer Erhöhung der Beitragsäquivalenz und einer Verringerung der intergenerativen Belastungen.

⁵ „Staatsfinanzen konsolidieren – Steuerreform reformieren“ – Jahresgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2003/2004.

Die bisherigen Reformen in der Rentenversicherung gehen im Prinzip in die richtige Richtung; ein selbstzufriedenes Zurücklehnen wäre jedoch deutlich verfrüht. Angesichts der heraufziehenden demographischen Belastungen ist es vielmehr wünschenswert, dass die impliziten Staatsschulden in der finanzpolitischen Diskussion weitaus stärker in das öffentliche Bewusstsein rücken.

4 Schluss

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Die Freude über den anhaltenden konjunkturellen Aufschwung in Deutschland darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass auf vielen strukturellen Feldern weiterhin umfangreiche Reformen erforderlich sind. Nur wenn man diese angeht, kann der Boden für einen spürbaren Anstieg des Potenzialwachstums bereitet werden.

* * *